

Die Energiewende verbraucht Energie

Staatskriminalität

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

NAEB 2216 am 31. Juli 2022

Energie wird knapp und unbezahlbar. Doch für die Energiewende soll weiter Energie verbraucht werden. Wie lässt sich gegensteuern?

Die Bundesregierung ruft zum Energiesparen auf, um die reduzierten Bestellungen aus der Russischen Föderation zu kompensieren. Doch die gleiche Regierung nutzt den Bürgerkrieg in der Ukraine als Argument, die Energiewende zu beschleunigen. Ihr muss entgangen sein, dass für die Errichtung von Windanlagen und Solaranlagen viel Energie benötigt wird, die derzeit dringend für die Industrie und die privaten Haushalte gebraucht wird. Der dadurch verstärkte Energiemangel führt zu weiter steigenden Preisen. Damit droht vielen Haushalten der Finanzkollaps und vielen Betrieben die Insolvenz. Was ist zu tun?

Energiewende sofort stoppen

Der Bau einer 1-Megawatt-Windkraftanlage (MW) kostet mehr als 1 Million Euro und braucht mehr als 2 Millionen Kilowattstunden (kWh) Primärenergie. Das sind 120 Tonnen Kohle, 100 Tonnen Erdöl oder 100.000 m³ Erdgas. 50 Haushalte können damit ein Jahr ihre Wohnungen heizen. 20.000 m² Photovoltaikfläche (2 Hektar) mit einer installierten Leistung von 2 MW führen zu vergleichbaren Investitionskosten und Energieaufwand.

Nach den Plänen der Bundesregierung, die als Osterpaket bekannt geworden und inzwischen gesetzlich verankert sind, soll in den nächsten acht Jahren die installierte Leistung der Windanlagen und Solaranlagen von mehr als 100.000 MW auf über 300.000 verdreifacht werden. Das sind jährlich 25.000 MW mit über 25 Milliarden Euro Investitionskosten und 50 Milliarden kWh Primärenergieaufwand. Damit können 2,5 Millionen Wohnungen beheizt oder Strom für 6 Millionen Haushalte erzeugt werden.

Dazu kommt der Bau der Stromleitungen von der See an Land, von Nord nach Süd und nach England, der viel Energie erfordert. 1 Kilometer Freileitung kostet rund 1 Million Euro. Für Erdkabel steigen die Kosten auf das Siebenfache. Die Primärenergie zum Bau der Leitungen liegt damit bei 2 bis zu 14 Millionen kWh je Kilometer. Dieser Energieaufwand wird nur für den Transport von Windstrom gebraucht. Wenn kein Wind weht, sind die Leitungen nutzlos. Dann müssen Kraftwerke in der Region die Stromversorgung übernehmen.

Zu den Energiekosten zum Bau der Leitungen kommen noch Leitungsverluste durch elektrischen Widerstand und weitere Effekte hinzu. Stromtransport erfordert Energie. Die Verluste der Fernleitungen liegen bei etwa 10 %. Der Transport von Kohle zu den örtlichen Kraftwerken ist preiswerter. Der Leitungsausbau und deren Betrieb entziehen der Volkswirtschaft der BRD weitere Energiemengen, die zum Heizen, zur Stromerzeugung und für die industrielle Produktion inzwischen knapp sind.

Die grünen Befürworter der beschleunigten Energiewende werden darauf hinweisen, dass die Anlagen nach der Fertigstellung sofort Strom liefern und damit den Energiemangel mindern. Doch das ist ein Irrtum. Windstrom und Solarstrom sind zweitklassig, denn sie sind vom Wetter abhängig. Sie sind weder planbar noch regelbar. Mit diesem Strom kann kein stabiles Netz aufgebaut werden. Dazu werden Kraftwerke gebraucht, die ihre Leistung geplant regeln können. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet den Wind- und Solarstrom als FAKEPOWER (Fake=Täuschung), um zu verdeutlichen, dass die Stromkunden von Politikern getäuscht werden, die behaupten, man könne mit Windstrom und Solarstrom ein Industrieland sicher versorgen.

Der große Energiebedarf zum Bau der Fakepower-Anlagen muss zum Stopp der Energiewende führen. Die Bundesregierung macht sich lächerlich und unglaubwürdig, wenn sie zum kürzeren Duschen aufruft und gleichzeitig die energieverbrauchende Energiewende beschleunigt.

Schluss mit CO₂-Steuern

Der politisch verursachte Energiemangel treibt die Kosten in die Höhe. "Jedem zweiten Haushalt droht der Finanz-Kollaps", titelte am 29. Juli 2022 die Wilhelmshavener Zeitung. Die gestiegenen Energiepreise führen nach Ermittlungen des Pestel-Instituts zu einem jährlichen Kaufkraftverlust von 38 Millionen Euro in Wilhelmshaven. Damit geraten Haushalte in finanzielle Schwierigkeiten. Die schwindende Kaufkraft trifft ebenfalls massiv Handwerk, Gastronomie und Dienstleister.

In dieser Situation müsste die Bundesregierung alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Energiekosten zu senken. Dazu gehört neben der Beendigung der Energiewende auch, die Besteuerung der CO₂-Emissionen aus Brennstoffen und Treibstoffen aufzuheben. Doch diese soll trotz der hohen Energiepreise weiter erhoben und laut gültigem Gesetz im kommenden Jahr von 30 auf 35 Euro/Tonne CO₂ erhöht werden. Hinzu kommt der europäische Emissionshandel. Die Industrie muss für den Ausstoß von CO₂ Zertifikate kaufen, deren Kosten durch Verknappung inzwischen auf rund 80 Euro/Tonne CO₂ angestiegen sind. Strom aus Braunkohlekraftwerken verteuert sich dadurch von 3 auf 11 Cent/kWh. Für Steinkohlekraftwerke sind die Kosten um jeweils 3 Cent höher.

Die CO₂-Bepreisung führt zu erheblichen Kostensteigerungen für Strom, aber auch im zunehmenden Maß für Brennstoffe und Treibstoffe. Ohne die CO₂-Kosten wird die Energie deutlich preiswerter. Darüber hinaus führt die einseitige Bepreisung von unterirdischen Brennstoffen zu falschen Entwicklungen, da günstige Energien politisch verteuert werden.

Zum CO₂ gibt es eine wesentliche Frage. Höhere CO₂-Gehalte in der Atmosphäre sollen die Erde kritisch aufheizen, sagen die Klimaschützer. Allen Menschen ist bekannt, dass CO₂ aus der Luft ein Grundbestandteil des Pflanzenwachses ist. Höhere Gehalte verbessern den Pflanzenwuchs. Also muss es ein Optimum geben, bei dem ein ausreichender Pflanzenwuchs möglich ist. Wer kann den optimalen Wert beziffern? Solange es kein Ziel für diesen Wert gibt, ist die ganze CO₂-Diskussion sinnlos und eine CO₂-Bepreisung ohne Grundlage.

Weitere Maßnahmen

Die Kernkraftwerke sollten weiter betrieben werden. Die drei noch aktiven Kraftwerke produzieren im Jahr die gleiche Strommenge wie 10.000 Windgeneratoren. Entgegen dem zweitklassigen Windstrom ist der preiswerte Atomstrom wichtig für ein stabiles Netz. Die verbliebenden Kernkraftwerke erleichtern eine sichere und zuverlässige Stromversorgung.

Die Verstromung der Braunkohle muss ausgebaut werden. Braunkohle ist ein heimischer vom Weltmarkt unabhängiger Energieträger. Mit Braunkohle wird Strom für 3 Cent/kWh erzeugt. Braunkohle trägt erheblich zur Versorgungssicherheit und zur Bezahlbarkeit von Strom bei. Bei den derzeitigen Steinkohlepreisen lohnt sich die Wiederaufnahme der Steinkohleförderung in der BRD, die wegen zu hoher Kosten aufgegeben wurde.

Elektroautos verursachen CO2-Emissionen. Die Produktion des Fahrzeugs und vor allem der Batterien erfordert große Mengen unterirdische Energien. Der Ladestrom in der BRD stammt zu mehr als der Hälfte gleichfalls aus Kohle und Erdgas. Bis zur Verschrottung braucht ein Elektroauto mehr Energie als ein vergleichbares Dieselauto inklusive Dieselmotorkraftstoff, hat Prof. Singer ermittelt.

Elektroautos sind unwirtschaftlich. Ohne staatliche Zuschüsse würde sie niemand kaufen. Hinzu kommen die geringen Ladeleistungen. Die höchsten heute angebotenen Ladeleistungen liegen bei 100 Kilowatt. An jeder Tankstelle wird Treibstoff für umgerechnet mehr als 1.500 kW in wenigen Minuten getankt. Selbst Erdgasautos und LPG-Autos sind vergleichsweise schnell vollgetankt. Die finanzielle Förderung von Elektroautos sollte umgehend eingestellt werden.

Trübe Aussichten

Das Osterpaket zeigt, dass die jetzige Bundesregierung trotz der Energieknappheit verstärkt die Energiewende vorantreiben will. Damit sind kalte Tage bis zum Erfrieren im nächsten Winter vorprogrammiert. Viele Betriebe steuern wegen abnehmender Kaufkraft auf Insolvenzen zu. Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Soziale Unruhen stehen bevor. Wird die grün-rote Bundesregierung ihre Ideologie gegen die Realität tauschen? Das ist zu bezweifeln. Damit stärkt sie die extremen Rechten und Linken. Die nächste Wahl wird es zeigen.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-electric-49

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

"Irre ist das!" - Petr Bystron (MdB, AfD) über die Energiepolitik der Bundesregierung

27. Juli 2022 | Deutschland Kurier

Ministerpräsident Winfried Kretschmann ("Grüne") will Energiesparen in Baden-Württemberg zur "Bürgerpflicht" machen. So sollen zum Beispiel Klimaanlage, Aufzüge und Warmwasser in Diensträumen abgeschaltet werden. Petr Bystron, außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, hält das alles für "irre" und erklärt, was die Kostenexplosion der Energiepreise mit der deutschen Russlandpolitik zu tun hat.

<https://www.youtube.com/watch?v=T6Hj70uPHMk>

Geht es noch peinlicher? Die Begleitpapiere gehören wie auch die Turbine selbst in russische Hände! Warum hält Habeck sie mit eigenen Händen fest? HABECK DRASTISCH: "Sie lügen einem ins Gesicht" - Pfiffe bei Bürgerdialog in Bayreuth

29. Juli 2022 | WELT Nachrichtensender

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat Russland im Streit um eine Turbine für die Gaspipeline Nord Stream 1 Lügen vorgeworfen. Der Grünen-Politiker sprach am Donnerstagabend bei einem Bürgerdialog in Bayreuth von einer «Farce». Die in Kanada gewartete Turbine sei seit Montag letzter Woche [25. Juli 2022] in der BRD. Alle Papiere lägen vor, er habe sie selber in der Hand gehabt. Russland aber weigere sich, die Turbine ins eigene Land zu holen. «Sie lügen einem ins Gesicht».

Nach Kreml-Angaben hofft Russland angesichts der gedrosselten Gaslieferungen durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 in die BRD auf eine rasche Rückkehr der reparierten Gasturbine. Die Turbine solle dann in die Gasverichterstation Portowaja eingebaut werden, danach könnten die Arbeiten für die Wiederinbetriebnahme laufen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag.

Die Turbine ist nach Angaben des russischen Energiekonzerns Gazprom wichtig, um den nötigen Druck zum Durchpumpen des Gases aufzubauen. Gazprom hatte seinem Vertragspartner Siemens Energy wiederholt gebeten, die nötigen Dokumente und Informationen zur Reparatur der Maschine zu übermitteln. Siemens Energy wies die Vorwürfe von Gazprom am 27. Juli 2022 zurück.

Gazprom hatte am Mittwoch die Lieferungen durch Nord Stream 1 auf 20 Prozent der maximalen Auslastung gesenkt, weil nach Unternehmensangaben noch eine Turbine in die Wartung musste. Als Gründe wurden technische Sicherheitsvorschriften genannt.

https://www.youtube.com/watch?v=_53xqaNvles

ENERGIE-KRISE: BDI-Präsident - "Keine Geschmacksfrage, ob Kernkraftwerke länger laufen sollten"

21. Juni 2022 | WELT Nachrichtensender

"Jeder Kubikmeter Gas, den wir in die Speicher bringen können, lässt uns im Winter besser schlafen", sagt Siegfried Russwurm, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie. Die einzige Alternative zur Kernkraft sei mehr Kohle.

Der Branchenverband Kernenergie hat sich für eine befristete Laufzeitverlängerung der letzten Atomkraftwerke der BRD ausgesprochen: "Wir plädieren dafür, alle verfügbaren Quellen zu nutzen, um die Energiekrise besser zu überstehen", sagte ein Verbandssprecher dem "Münchener Merkur" (Dienstagausgabe). Um einen Weiterbetrieb zu ermöglichen, sei aber Eile nötig. "Die Kraftwerke befinden sich im Abschaltungsprozess. Je länger man wartet, desto schwieriger wird es, sie wieder hochzufahren."

In der Regierungskoalition hatte zuletzt FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai gefordert, angesichts drohender Lieferengpässe bei Gas aus Russland die Laufzeiten der drei verbliebenen Atomkraftwerke der BRD zu verlängern. Sie werden nach bisherigen Plänen im Zuge des Atomausstiegs Ende des Jahres abgeschaltet.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte in einem Interview mit dem "Münchener Merkur" jüngst auf technische Hürden für einen Weiterbetrieb verwiesen. So dauere die Bestellung neuer Brennstäbe laut Fachleuten zwölf bis 18 Monate.

Der Verband Kernenergie hält die Beschaffung aber rechtzeitig vor dem Jahresende für machbar. Dafür sei zwar Russland ein traditioneller Lieferant, sagte der Sprecher. Doch Uran gebe es auch in Australien oder Kanada. Doch auch hier sei Eile geboten: "Wenn wir mehr Uran wollen, müssen wir es bald bestellen, weil es nicht so schnell verfügbar ist." Nötig seien zudem neue Verträge mit geschultem Personal zum Betrieb der Kraftwerke.

<https://www.youtube.com/watch?v=XB3v4PAqf5Y>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

